

Festrede Dr. Bärbel Kofler, MdB
bei der Eröffnung des Kulturbahnhofs in Aalen
am 3. Oktober 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lieber Thilo,
sehr geehrter Herr Landrat Dr. Bläse,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag,
Leni Breymaier, Roderich Kiesewetter und Margit Stumpp,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag und der
Kommunalpolitik,
vor allem aber: liebe Kulturinteressierte und liebe Kulturschaffende,

die Eröffnung des Kulturbahnhofs in Aalen ist ein mehrfacher Grund zur
Freude:

Der Kulturbahnhof ist eine Symbiose aus ganz verschiedenen Künsten,
ein großartiges Beispiel von Stadtentwicklung, ein neuer, kreativer
Raum für die Menschen und Vereine der Region und damit ein Raum
für gesellschaftlichen Diskurs.

Gleichzeitig feiern wir heute den Tag der Deutschen Einheit und die
friedliche Revolution vieler Bürger im Osten Deutschlands und Europas
mit dem großen Ziel der Freiheit - der Meinungsfreiheit, der
Versammlungsfreiheit z.B. - also vielen Punkten, die bereits in der
Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte enthalten sind.

Wir können heute hier Kunst, Kultur und Zusammensein genießen und
dies nicht nur, wie so oft, digital.

Gerade letzteres zeigt die Bedeutung von Kunst und Kultur für uns Menschen, gerade in schwierigen Zeiten.

Kunst kann vieles – auch in Zeiten wie diesen. Zum Beispiel Erfahrungen von Angst und Zweifel begleiten und dabei Denkanstöße geben, ermutigen und Freude vermitteln. Diese Denkanstöße sind auch wichtig, um den nötigen Raum für gesellschaftlichen Diskurs zu öffnen. Und damit einen Ansporn für politische Veränderungen.

Oberbürgermeister Thilo Rentschler hat es eben auf den Punkt gebracht: „Freie Kultur und Begegnung sowie offener Austausch sind wichtig für Gesellschaft und Demokratie“.

Gerade dieser nötige Freiraum wird heute weltweit oft eingeschränkt und bedroht. Wir leben in einer Zeit, in der Nationalismus und Populismus zunehmen. Die Freiräume von Zivilgesellschaften werden kleiner. Und es gibt eine zunehmende Härte autoritärer Regime gegen einzelne Menschen. Künstler stehen dabei oft im Fokus.

Gleichzeitig machen die globalen Herausforderungen der Zeit, die Pandemie, der Klimawandel und die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele, aber etwas anderes nötig: Nicht Abschottung, sondern Kreativität, Freiheit im gesellschaftlichen Diskurs, Engagement Vieler, aber auch immer: über die eigenen Grenzen hinausdenken. Um diese Herausforderungen zu bestehen, müssen wir uns als Teil der internationalen Gemeinschaft begreifen und zusammenarbeiten.

Leider erleben wir zur Zeit oft das Gegenteil dessen, was nötig ist. Die Einschränkungen der Zivilgesellschaft gehen oft einher mit

Einschränkungen im kulturellen Leben. Das betrifft immer auch die Meinungsfreiheit, die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, und damit auch die Möglichkeit des Austausches international und unsere Zusammenarbeit. Die Kraft der Kultur liegt im Brückenbau und in der Hilfe auch für zivilgesellschaftliche Akteure.

Der bedrohte Freiraum betrifft Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger weltweit, darunter viele Künstlerinnen und Künstler wie beispielsweise

- die deutsch-kurdische Sängerin Hozan Cane, die wegen Terrorvorwürfen zu mehr als sechs Jahren Haft in der Türkei verurteilt war und nach zwei Jahren am 1. Oktober aus dem Istanbuler Gefängnis entlassen wurde,
- oder der chinesische Künstler Ai Weiwei, der als Konzeptkünstler, Bildhauer und Kurator wegen seines Engagements als Menschenrechtler nach regierungskritischen Äußerungen in China im Jahr 2011 inhaftiert war und nach seinem Aufenthalt in Berlin inzwischen im britischen Cambridge lebt.

Dieses aktuelle Problem hat auch einen Namen: „shrinking spaces“, das heißt, der Raum für Zivilgesellschaft, Menschenrechtsverteidiger und Künstler wird immer kleiner, und das betrifft in vielen Teilen der Welt eben auch die künstlerische Freiheit.

Die belarusische Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch, die diese Woche erst das Land verlassen hat, ist dafür ein gutes Beispiel.

Aber shrinking space beklagen reicht nicht. Was kann man wirklich tun, um die Räume für Diskurs zu erweitern? Creating spaces ist das Ziel,

also Räume zu schaffen, die wie hier physisch erfahrbar sind, aber auch im übertragenen Sinne als Freiräume.

Das in dieser Woche in Berlin eröffnete Human Rights Film Festival will mit den Mitteln des Filmes und durch persönliche Gespräche daran erinnern, wie wichtig Menschenrechte und die Wege ihrer Durchsetzung sind. Damit werden ganz konkret Räume für Künstler und Menschenrechtsverteidiger geschaffen. Sieben Tage lang setzen sich Kunstschaffende im Rahmen von Konferenzen und Workshops mit der Frage auseinander, wie man durch Storytelling überzeugende Formate zu verschiedensten Themen entwickeln kann, die Menschen inspirieren und mobilisieren. Es geht darum, gerade die Geschichten von Menschen zu erzählen, die viel beizutragen haben, aber oft nicht gehört werden.

Es gibt viele, spannende Filme, die dieses Jahr nicht nur in Kinos, sondern auch auf der Streamingplattform des Festivals zu sehen sind. Ich kann sie Ihnen nur wärmstens empfehlen.

In diesem Jahr haben wir im Auswärtigen Amt auch eine neue Initiative ins Leben gerufen, die Elisabeth-Selbert-Initiative. Sie bietet gefährdeten Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern einen sicheren Ort, den sie für die persönliche Erholung, Bewältigung von Traumata und – wenn möglich – für die berufliche Weiterbildung und Netzwerkarbeit nutzen können.

Namenspatronin der Initiative ist die Politikerin und Juristin Dr. Elisabeth Selbert (1896-1986). Als eine der "vier Mütter des Grundgesetzes" hat sie sich insbesondere für die Verankerung des Gleichberechtigungsgrundsatzes im Grundgesetz eingesetzt und damit einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte in Deutschland geleistet.

Zu „creating spaces“ gehört auch, Dialoge vorantreiben, die Vernetzung der Akteure unterstützen und bestehende Strukturen stärken!

Warum ist das nötig?

Es geht uns alle an. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948 sagt klar: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde geboren.“ Leider wird dieser Satz von so manchen wieder in Frage gestellt.

Die Instrumentarien und Möglichkeiten, die wir brauchen, um Menschenwürde zu verteidigen, haben wir bereits. Der UN-Zivilpakt und der UN-Sozialpakt zeigen, um was es geht.

Der Zivilpakt berührt die politische Freiheit, z.B. das Recht auf Verschiedenheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, freie und faire Gerichtsverfahren, Folterverbot und das Recht auf Asyl. Um diese Freiheiten müssen wir kämpfen, aber sie auch nutzen.

Der Sozialpakt beschreibt die ökonomischen Voraussetzungen, die Menschen helfen, ihre politische Freiheit zu nutzen, z.B. das Recht auf Bildung, soziale Sicherheit, Nahrung, kulturelle Teilhabe und Gesundheit.

Erlauben Sie deshalb ein Beispiel, wie auch wir hier konkret zur Verbesserung der Situation beitragen können. Der Arbeitsalltag entlang internationaler Lieferketten ist oft den eben beschriebenen Rechten entgegenstehend. Wir brauchen deshalb ein Gesetz, das dafür Sorge trägt, dass deutsche Unternehmen, die im Ausland produzieren, Menschenrechte in ihren unternehmerischen Tätigkeiten besser als bisher, d.h. verbindlich schützen. Das beinhaltet ein klares Verbot von

Kinderarbeit und die Einhaltung der international anerkannten Standards für Arbeits- und Produktionsbedingungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die eingangs geschilderten Herausforderungen unserer Zeit zeigen: Kunst und Kultur sind wichtiger denn je. Sie tragen herausragend zum nötigen gesellschaftlichen Diskurs bei. Aber gerade dieser Bereich unseres gesellschaftlichen Lebens ist zur Zeit besonders in Bedrängnis.

Der Geschäftsführende Direktor des Deutschen Bühnenvereins, Marc Grandmontagne, hat vor kurzem gesagt, ich hoffe, das Zitat ist richtig:

„Darstellende Kunst ist soziale Kunst und von Nähe geprägt, ganz egal, ob es um Schauspiel, Musiktheater, Konzert oder Tanz geht. Insbesondere Orchester, Musiktheater und Tanz sind schwer getroffen, da die Abstandsregelungen weder ein volles Orchester noch große Chorszenen erlauben“.

Das zeigt, dass Unterstützung nötiger ist denn je, für Institutionen, aber auch für den einzelnen Künstler.

Im Bundestag letzte Woche haben wir über den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr gesprochen. Für den Kultur- und Medienbereich stehen rund 2 Milliarden Euro zur Verfügung, ca. 6,6 Prozent mehr als in diesem Jahr.

Es kommt jetzt darauf an, dass dies alle, die die Unterstützung benötigen, erreicht.

Auch dazu gibt uns die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. in ihrem Artikel 27 (Freiheit des Kulturlebens) einen Hinweis: „ Jeder Mensch hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.“

Die Robotik-Show „Mensch-Maschine-Kunst“ hat uns vorhin mit einem Trommelwirbel wachgerüttelt. Wir sollten dies zur Anregung nehmen, unsere Stimme auch in punkto Menschenrechte genauso laut und deutlich zu erheben.

Vielen Dank!